

Haushalt: SPD und Grüne wollen hart nachverhandeln - DER SPIEGEL

07.09.2023, 08.15 Uhr



Finanzminister Lindner brachte am Dienstag den Haushalt im Bundestag ein

Foto: Political-Moments / IMAGO

Mit den Gute-Nacht-Geschichten für Heimkinder könnte es im bayerischen Benediktbeuern bald vorbei sein. »Wenn die Haushaltsvorhaben so umgesetzt werden wie geplant, würde bei uns jeder dritte oder vierte Freiwillige wegfallen«, sagt Magdalena Wiesinger. 20 junge Menschen, die derzeit ein Freiwilligenjahr ableisten, betreut Wiesinger momentan in der Region. Sie helfen Hortkindern bei den Hausaufgaben, arbeiten in Kitas oder Kinderheimen.

»Eine Gruppe von zehn kleinen Kindern zum Zähneputzen zu bringen, ist als einzelner Erzieher schwierig«, sagt Wiesinger. »Da hilft es sehr, wenn die Freiwilligen schon mal die ersten Kinder ins Bett bringen und eine Gute-Nacht-Geschichte vorlesen.« Wenn der Bund nun weniger Stellen

finanziere, fielen diese Angebote weg, sagt die Betreuerin. Die Erzieher hätten schlicht keine Zeit dafür.

78 Millionen Euro weniger bei Freiwilligendiensten

Die Sparbemühungen der Ampel haben sehr konkrete Auswirkungen, in vielen Bereichen. Und die Sparliste im Haushalt ist lang: So will das Bundesfamilienministerium 78 Millionen Euro bei den Freiwilligendiensten einsparen, weitere 45 Millionen Euro bei Jugendsozialarbeits- und Integrationsprojekten. Die Bundeszentrale für politische Bildung muss im nächsten Jahr mit 20,2 Millionen Euro weniger Förderung rechnen, knapp eine Million Euro jährlich kürzt das Justizministerium bei Projekten gegen Hass im Netz. 200 Millionen Euro weniger gibt es für Programme, die Langzeitarbeitslosen auf dem Weg zurück in den Arbeitsmarkt helfen sollen. Zudem fällt der Bundeszuschuss für die Pflegeversicherung weg. Das sind nur einige wenige von sehr vielen Beispielen.

Am Dienstag hatte Bundesfinanzminister [Christian Lindner](#) (FDP) seinen Haushaltsentwurf für das kommende Jahr vorgestellt. Diese Woche wird dieser in erster Lesung im [Bundestag](#) debattiert, bis in den November dauern die Haushaltsverhandlungen.

»Wenn bei sozialer Arbeit, Demokratieförderung und Integration gespart wird, dann steht der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Spiel.«

Michael Groß, Präsident der Arbeiterwohlfahrt

Verbände kritisieren einen »sozialen Kahlschlag«, der mit den Sparmaßnahmen einhergehe. »Die Bundesregierung will an Stellen sparen, wo das Geld am nötigsten gebraucht wird«, sagte der Generalsekretär des Deutschen Roten Kreuzes, Christian Reuter, dem SPIEGEL. »Die geplanten Kürzungen lassen keinen Bereich im Sozialwesen aus«, beklagt Arbeiterwohlfahrt-Präsident Michael Groß. Bis zu 35.000 Freiwilligenplätze und jede dritte Migrationsberatungsstelle

stehe vor dem Aus. »Wenn bei sozialer Arbeit, Demokratieförderung und Integration gespart wird, dann steht der gesellschaftliche Zusammenhalt auf dem Spiel«, so Groß. »Die soziale Spaltung wird zunehmen und vulnerable Gruppen werden noch weiter ins Abseits gedrängt«, prophezeit auch Ulrich Schneider, Hauptgeschäftsführer des Paritätischen Gesamtverbands.

Lindner hatte den Ressorts seine Sparvorgaben in den vergangenen Monaten übermittelt. Diese konnten dann in Teilen selbst entscheiden, wo sie den Rotstift ansetzen wollten. Und so werden einige Bereiche von den Kürzungen massiv getroffen.

»Ausgabereste« retten Etat

Beim Etat der Bundeszentrale für politische Bildung, der im kommenden Jahr um 20,2 Millionen Euro auf etwa 76 Millionen sinken soll, scheint das letzte Wort allerdings noch nicht gesprochen. Die Haushälter der Ampelfraktionen suchen nach einer Lösung, um im Zuge der nun anstehenden Beratungen doch noch Mittel freizumachen, wie der SPIEGEL erfuhr. In Kreisen der FDP-Haushälter wird darauf hingewiesen, dass aus der Coronazeit »bis Ende 2022 rund 50 Millionen Euro an Ausgaberesten im Etat der Bundeszentrale« noch zur Verfügung gestanden hätten. Diese »Ausgabereste« funktionierten »wie ein Sparbuch oder Tagesgeldkonto«, sagte der FDP-Haushälter [Otto Fricke](#) dem SPIEGEL. Die Bundeszentrale könne auf ihre Ausgabereste zurückgreifen und brauche keine finanziellen Einschränkungen erwarten, sagte Fricke.



Andrea Nahles, Chefin der Bundesagentur für Arbeit

Foto: Odd Andersen / AFP

Für Proteste sorgt auch die geplante Kürzung von 500 Millionen Euro bei der [Bundesagentur für Arbeit](#) (BA) im Bereich der Eingliederungsmittel nach dem Sozialgesetzbuch II. Kaum war der Haushaltsentwurf bekannt, meldete sich BA-Chefin [Andrea Nahles](#) öffentlich zu Wort: Den Jobcentern drohe eine finanzielle Schieflage, im Haushaltsentwurf seien »nicht genügend aktive Arbeitsmarktmittel und nicht genügend Mittel für Verwaltungskosten eingeplant worden«. Da stehe ein Minus von 6,6 Prozent, umgerechnet 700 Millionen Euro weniger.

»Wir sind schlicht nicht ausreichend finanziert«, sagte Nahles, die [SPD](#)-Parteifreundin von Arbeitsminister [Hubertus Heil](#). Allein der Tarifabschluss im öffentlichen Dienst werde die Jobcenter im kommenden Jahr 300 Millionen Euro zusätzlich kosten. Schon jetzt könne teilweise kein Personal nachbesetzt werden, schon jetzt würden weniger teure

Integrationsmaßnahmen für Langzeitarbeitslose geplant, weil nicht klar ist, ob das Geld dafür da ist.

Sparen an Fahrradwegen

Gespart werden soll aber auch bei der Mobilität. Noch im März hatte die Ampelregierung im »Modernisierungspaket für Klimaschutz und Planungsbeschleunigung« eine Ausbauoffensive für den Radverkehr angekündigt. Der geplante Bundeshaushalt spricht nun aber auch hier eine andere Sprache. Für den Ausbau der Radwege sind 400 Millionen Euro eingeplant. Für dieses Jahr waren es noch 560 Millionen, im Jahr zuvor 750 Millionen.

Das sei ein fatales Signal für Länder und Kommunen, heißt es aus dem nordrhein-westfälischen Ministerium für Umwelt, Naturschutz und Verkehr. Dessen Chef, Oliver Krischer (Grüne), sitzt gleichzeitig auch der Verkehrsministerkonferenz der Bundesländer vor. Länder und Kommunen seien beim Ausbau der Radinfrastruktur auf die Unterstützung des Bundes angewiesen.

Müttergenesungswerk stark betroffen

Yvonne Bovermann, Geschäftsführerin des Müttergenesungswerks, muss dabei zuschauen, wie die geplanten Spatenstiche für ihre Kliniken wieder abgesagt werden. Bisher habe das Müttergenesungswerk rund sechs Millionen Euro pro Jahr vom Bund bekommen, vor allem in Form von Baufördermitteln. Die werden nun fast komplett eingestellt. Nur ein einziges aktuelles Projekt werde jetzt noch weiter mit rund 400.000 Euro gefördert.



SPD-Vorsitzende Esken: Hadern mit Einsparungen

Foto: Monika Skolimowska / dpa

Die Rechnung ist nach Bovermann recht einfach: Ohne Geld könne nicht gebaut werden, ohne zu bauen, könne man die Kapazitäten nicht erhöhen, ohne weitere Kurplätze verlängerten sich die Wartezeiten. Das habe Folgen. »Ein Jahr lang warten zu müssen, ist schon ein Skandal, weil es vielen Personen eben jetzt schlecht geht«, sagt die Geschäftsführerin. Viele Betroffene stünden am Rande einer Depression »und wir kennen viele Fälle, die während der Wartezeiten dann in eine schwere Depression abgerutscht sind«, sagt Bovermann.

Schluss ist auch für das Projekt »politischbilden.de«. Im Rahmen dessen hat der Arbeitskreis deutscher Bildungsstätten e.V. Sozialarbeiter darin ausgebildet, mit Rechtsextremismus und Rassismus an Schulen umzugehen. »Dieses Projekt haben wir auf jeden Fall verloren, das können wir auch nicht aus anderen Mitteln stemmen«, sagt Sebastian

Bock, der stellvertretende Geschäftsführer des Arbeitskreises.

SPD und Grüne hadern mit Haushaltsentwurf

In der SPD hadert man mit den Einsparungen im sozialen Bereich und in der politischen Bildung. Parteichefin [Saskia Esken](#) erklärte, Kürzungen in diesen Feldern abwenden zu wollen. Man werde »ganz stark darauf achten, dass genau diese Themen nicht rasiert werden«, sagte Esken in der ARD. Auch Leni Breymaier, familienpolitische Sprecherin der SPD-Fraktion, will sich mit den vorgegebenen Kürzungen nicht zufriedengeben. »Politische Bildung und Jugendbildung sind uns wichtig«, sagt Breymaier. Man müsse etwaige Kürzungen daher so gestalten, »dass die aufgebauten Strukturen im Bereich der politischen Bildung und Jugendbildung fortgeführt werden«.



Grünen-Haushaltsexperte Sven-Christian Kindler

Foto: Michael Kappeler/ dpa

Doch wie genau das funktionieren wird, ist auch vielen in der SPD noch unklar. In der Fraktion stellt man sich auf harte Verhandlungen ein. »Wir werden jetzt miteinander ringen um die besten Lösungen«, sagt der SPD-Haushälter Dennis Rohde. Doch durch die Vorgaben der Schuldenbremse sei auch »der Spielraum kleiner geworden«. Dies mache die Haushaltsverhandlungen schwierig.

Harte Verhandlungen prophezeien auch die Grünen. »Wir werden daran arbeiten, wie wir diesen Haushalt noch besser und gerechter machen können«, sagt der Grünen-Haushaltsexperte Sven-Christian Kindler. Insbesondere kritisierten die Grünen die Einsparungen bei den Angeboten für Kinder und Jugendliche, bei der psychosozialen Betreuung von Geflüchteten, bei Freiwilligendiensten sowie in der Demokratieförderung. Kindler sagt, notwendig sei ein »Haushalt, der den sozialen Zusammenhalt stärkt«.

Mehr zum Thema





Zugleich folgen die Verhandlungen bisweilen einem zynischen Spiel. Einige Ministerien hätten als Einsparungen genau das ausgewählt, »was zu Empörungen führt«, kritisierte SPD-Fraktionschef [Rolf Mützenich](#) am Mittwoch im Deutschlandfunk, »in der Hoffnung, dass das der Bundestag korrigiert«. So aber könne man mit dem Parlament nicht umgehen, sagte Mützenich.